

MwSt.Nr

St.Nr

IBAN

Zuständige Person

Telefon E-Mail

Gegenstand des Ansuchens: Gewährung eines Beitrages für laufende Ausgaben für das Jahr 2026
Projekt/Initiative/Dienst für welchen man um den Beitrag ansucht:

Auszahlung eines Vorschusses über 50% des gewährten Beitrages JA NEIN

(vorwiegende Tätigkeit angeben)

- bereichsübergreifende Tätigkeit
- Dachverbände

Die Mitteilungen sollen in folgender Sprache und an folgende Adresse geschickt werden:

- Italienisch Rechtssitz
- Deutsch Verwaltungssitz

E-Mail oder PEC

Verschiedene Informationen (im Falle öffentlicher Körperschaften nicht auszufüllen)

- im nationalen Register des dritten Sektor (RUNTS) eingetragen
- im Landesverzeichnis der ehrenamtlich Organisationen eingetragen
- im Genossenschaftsregister eingetragen Typ „A“ Typ „B“
- im Nationalen ONLUS-Register (Körperschaftsregister ohne Gewinnabsicht)
- eingetragen im Register der juristischen Personen (Anerkennung der Rechtspersönlichkeit laut Privatrecht) eingetragen

Erklärungen und andere Hinweise

gemäß Artikel 47 des D.P.R. Nr. 445/2000

die Mehrwertsteuer (**Mwst.**) für die den Beitrag betreffenden Ausgabe folgende ist:

- nicht abzugsfähig
- im vollen Ausmaß abzugsfähig
- teilweise abzugsfähig zu %

Ausgaben

1. Personalkosten

A) Angestelltes Personal (Tabelle wie im unten angeführten Beispiel ist separat beizulegen)

Vor- und Nachname Berufsbild und Besoldungsstufe	Anstellungs- datum	Ende Dienstverhältnis	Wochen- stunden	2025 Abschluss* Euro	2026 Voranschlag* Euro
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
	□□.□□.□□□□	□□.□□.□□□□			
Insgesamt					

* gesamter Betriebskosten (inkl. Rückstellung für Abfertigung)

Zusatzspesen für das Personal

Art der Ausgabe	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Mensadienst		
Andere Spesen (angeben, welche)
.....
.....
Insgesamt		

Spesenvergütungen Personal

Art der Ausgabe	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren Kongressen und Tagungen:		
• Einschreibegebühr
• Reisespesen
• Unterkunft und Verpflegung
Andere Vergütungen (angeben, welche)
.....
.....
Insgesamt		
Angestelltes Personal INSGESAMT		

B) Nicht angestelltes Personal

Selbständige und/oder gelegentliche Mitarbeiter

Aufgabe in der Körperschaft	Nr. Personen	Insges. Wochenstunden	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Insgesamt				

Spesenvergütungen (selbständige/gelegentliche Mitarbeiter, ehrenamtliche Mitarbeiter)

Art der Ausgabe	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Teilnahme an Fortbildungskursen, Seminaren, Kongressen, Tagungen:		
• Einschreibengebühr
• Reisespesen
• Unterkunft und Verpflegung
Andere Vergütungen (angeben, welche)		
.....
.....
Insgesamt		
Nicht angestelltes Personal INSGESAMT		

2. Verwaltungsspesen

(für den Sitz und Außenstellen)

Anzahl der Lokale **Hauptsitz** Nettofläche m

Vermieter

Nutzung der Lokale pro Woche (Stunden)

Lokale gemeinsam benützt mit

Anzahl der Lokale **Außensitze** Nettofläche m

Vermieter

Nutzung der Lokale pro Woche (Stunden)

Lokale gemeinsam benützt mit

Art der Ausgabe	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Miete (ohne Kondominiumsspesen)
Hauptsitz - Nettofläche m ²
Außensitz - Nettofläche m ²
Kondominiumsspesen und Heizung
Reinigung Lokale (Reinigungsmaterial oder Reinigungsfirma)
Strom, Wasser und Gas
Telefon
Postspesen und Büromaterialkosten
Zeitungen, Zeitschriften und Bücher
Versicherungen
Gebühren (inklusive IRAP)
Bankspesen (ausgenommen Passivzinsen)
Kleine Instandhaltungsarbeiten bis zu 2.500,00 Euro insgesamt
Kleine Ankäufe bis zu 2.500,00 Euro insgesamt
Miete Ausrüstung
Ausgaben für die Homepage
Andere Spesen (jede einzelne Position genau angeben)
.....
.....
.....
Insgesamt		

3. SPESEN FÜR EIGENINITIATIVEN

Für jede Initiative betreffend das Jahr 2026 ist ein Bericht und ein Kostenvoranschlag, mit genauer Angabe der einzelnen Spesen beizulegen.

Art der Initiative	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
Organisation von Tagungen und/oder Seminaren oder anderen Veranstaltungen
Ausgabung für Werbung
Spesen für die Materialproduktion (CD, Publikationen, Broschüren, Flugblättern usw.)
Andere Spesen (angeben, welche)
.....
.....
.....
Insgesamt		

Zusammenfassung der Ausgaben

	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
1. A) Insgesamt Spesen für das angestellte Personal
1. B) Insgesamt Spesen für das nichtangest. Personal
2. Insgesamt Verwaltungsspesen
3. Insgesamt Spesen für Eigeninitiativen
Gesamtsumme der Ausgaben		

Einnahmen

Art der Einnahme	2025 Abschluss Euro	2026 Voranschlag Euro
a) Verwaltungsüberschuss Jahr 2025	
b) Eigene Einnahmen		
Mitgliedsbeiträge
Spenden
Einnahmen aus Eigeninitiativen
Vermietung von Lokalen an Nichtmitglieder
Verkauf von Produkten und Dienstleistungen (nur Genossenschaften)
Andere Einnahmen (angeben, welche)
.....
c) Gewährter Beitrag laut L.G. Nr. 13 vom 30.04.91 (nur für 2025)	
d) Öffentliche Beiträge im Sinne anderer Gesetzes*		
Landesgesetze (angeben, welche)
.....
Staatsgesetze (angeben, welche)
.....
Gemeindeverordnungen (angeben, welche)
.....
andere öffentliche Einnahmen (angeben, welche)
.....
E.S.F. - Europäischer Sozialfond
.....
Gesamtsumme Einnahmen		

* In Bezug auf Art. 15 (andere Finanzierungen) erklärt die Körperschaft sich mit Amt Gemeinde oder Provinz, E.S.F.)
 für mögliche Finanzierungen in Verbindung gesetzt zu haben
 und verpflichtet sich außerdem, das Amt über weitere Beitragsansuchen zu informieren, die nach Abgabe der
 vorliegenden Erklärung bei der Landesverwaltung oder anderen Körperschaften eingereicht werden.

Übersicht Abschlussrechnung Jahr 2025		
Gesamtsumme der Ausgaben	Euro
Gesamtsumme der Einnahmen	Euro
Überschuss/Verlust (Differenz Ausgaben und Einnahmen)	Euro	

Finanzierungsplan Jahr 2026		
Gesamtsumme der Ausgaben	Euro
Gesamtsumme der Einnahmen	Euro
Angesuchter Beitrag im Sinne des L.G. 13/91	Euro	

Anlagen:

- a) beglaubigte Abschrift des **Statutes** und des **Gründungsaktes** (falls das Ansuchen das erste Mal eingereicht wird oder wenn dieselben Änderungen und Ergänzungen erfahren); **oder**
- b) beglaubigte Abschrift des Statutes und des Gründungsaktes wurde bereits dem Amt übermittelt;
- c) kurzen, mit statistischen Daten versehenen Bericht über die im Vorjahr abgewickelte Tätigkeit mit dem Hinweis auf die erreichten Ergebnisse in Bezug auf die gesetzten Ziele;
- d) zielsetzendes Programm der im Bezugsjahr vorgesehenen Tätigkeit mit **Begründung für eventuelle Ausgabenerhöhungen oder -verminderungen im Vergleich zum Vorjahr**;
- e) Erklärung über die Vorsteuereinbehaltspflicht von 4% gemäß Art. 28 des DPR vom 29. September 1973, Nr. 600 (IHRES, ex IRPEG);

- Der/Die Gesuchsteller/In ist darüber informiert, dass unvollständige und der Wahrheit nicht entsprechende Angaben im Sinne des Art. 76 des D.P.R. 445/2000 strafrechtlich verfolgt werden können und dass die unrechtmäßig erhaltenen Beiträge rückerstattet werden müssen.

- Erklärt, in Kenntnis der strafrechtlichen Verantwortung gemäß Art. 55, Absatz 2 des GvD. Nr. 231/2007 (Dekret zur Bekämpfung der Geldwäsche), im Falle fehlender oder unwahrer Erklärungen, dass der wirtschaftliche Eigentümer¹ im Sinne des GvD. Nr. 231/2007 folgendes Subjekt/folgende Subjekte ist/sind:

Nachname und Vorname

geboren in Provinz

am Steuernummer

¹ Zur Ermittlung des wirtschaftlichen Eigentümers von Vereinen, Stiftungen und anderen privaten Einrichtungen, die Rechtspersönlichkeit durch die Eintragung in das Register der juristischen Personen erlangen, wird auf Art. 20 Absatz 4 des GvD. Nr. 231/2007 verwiesen. Der wirtschaftliche Eigentümer ist der Gründer, sofern er lebt, die Begünstigten, sofern identifiziert oder leicht identifizierbar, die Inhaber von Vertretungs-, Verwaltungs- oder Leitungsbefugnissen. Zur Ermittlung des wirtschaftlichen Eigentümers von Körperschaften, die keine Kapitalgesellschaften, Trust oder private juristischen Personen sind, wie Vereine ohne Rechtspersönlichkeit usw., wird auf Art. 20 Absatz 1, des GvD. Nr. 231/2007 verwiesen. Der wirtschaftliche Eigentümer ist die natürliche(n) Person(en), der/denen das direkte oder indirekte Eigentum oder die Kontrolle an der Körperschaft letztlich zuzurechnen ist. Falls sich anhand dieses Kriteriums der wirtschaftliche Eigentümer nicht ermitteln lässt, gilt als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die die Kontrolle über die Mehrheit der ausübenden Stimmen in der ordentlichen Vollversammlung hält/halten, oder die natürliche(n) Person(en), die die Kontrolle über eine ausreichende Anzahl von Stimmen hält/halten, um einen beherrschenden Einfluss in der ordentlichen Vollversammlung auszuüben, oder die natürliche(n) Person(en), die aufgrund des Bestehens besonderer vertraglicher Bindungen einen beherrschenden Einfluss ausübt/ausüben. Lässt sich der wirtschaftliche Eigentümer auch anhand dieser Kriterien nicht eindeutig ermitteln, so gilt als wirtschaftlicher Eigentümer die natürliche(n) Person(en), die die gesetzliche Vertretung, die Verwaltung oder die Geschäftsführung der Gesellschaft innehat/innehaben.

HINWEIS

Kurze Datenschutzerklärung gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung (EU) 2016/679
Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen.

E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it; PEC: generaldirektion.direzione generale@pec.prov.bz.it.

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (DPO - Data Protection Officer) sind folgende:

E-Mail: dsb@provinz.bz.it, PEC: rpd.dsb@pec.prov.bz.it.

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, zur Erfüllung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse oder im Zusammenhang mit der Ausübung öffentlicher Gewalt oder zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gemäß der im ausführlichen Informationsschreiben angegebenen Rechtsgrundlagen, verarbeitet. Die Daten werden so lange gespeichert, bis sie zur Erreichung der Zwecke der Datenverarbeitung und zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. Für weitere Informationen, auch in Bezug auf die Ausübung der im Sinne von Artikeln 15-22 der DSGVO Ihnen zustehenden Rechte, lesen Sie bitte die ausführliche Datenschutzerklärung, welche durch den nachstehenden Hyperlink zugänglich ist:

<http://www.provinz.bz.it/familie-soziales-gemeinschaft/soziales/beitraege/beitraege-an-oeffentliche-und-private-soziale-koerperschaften.asp>

Unterschrift

Ort und Datum

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

.....
digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

Im Sinne von Art. 38 des D.P.R. vom 28. Dezember 2000, Nr. 445, wurde die vorliegende Erklärung:

- in meiner Anwesenheit
(Name des/der Beamten/Beamtin der Provinz) unterzeichnet
- mit Post, E-Mail, PEC oder durch eine verantwortliche Person mit der Kopie des folgenden gültigen Dokumentes vorgelegt oder versandt:
 Identitätskarte Reisepass Führerschein
(das Dokument muss mit Foto und Stempel oder gleichwertigem Kennzeichen versehen und von einer öffentlichen Behörde ausgestellt worden sein)

Für Informationen:

Doris Lanznaster - Tel. 0471/418258 - doris.lanznaster@provinz.bz.it

Valeria Ferrarese - Tel. 0471/418254 - valeria.ferrarese@provinz.bz.it

Diana Zucal - Tel 0471/418260 - diana.zucal@provinz.bz.it

Erklärung (im Falle öffentlicher Körperschaften nicht auszufüllen)

Der/Die Unterfertigte als

- Inhaber des Einzelbetriebes gesetzliche/r Vertreter/in der Gesellschaft, Körperschaft, Verbandes, Vereins, usw.

(Firmenbezeichnung)

mit Sitz in:

PLZ Ort Provinz

Straße/Platz Nummer

MwSt.Nr St.Nr

erklärt

- bewusst zu sein, dass unwahre Erklärungen strafrechtlich gemäß Art. 76 des D.P.R. vom 28/12/2000, n. 445 bestraft werden und dass jene Verwaltung auch stichprobenartige Kontrollen in Bezug auf die abgegebenen Erklärungen durchführen wird;
- die steuerliche Verantwortung für nachfolgende Angaben zu übernehmen;
- dass der gemäß L.G. vom 30. April 1991, Nr. 13 gewährte Beitrag, worauf sich das Gesuch bezieht, welchem die gegenständliche Erklärung beigelegt wird, hinsichtlich der Steuereinbehaltungspflicht von 4% gemäß Art. 28, Abs. 2 des D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600, wie folgt einzustufen ist¹.

Nicht gewerbliche Organisation und Körperschaften des dritten Sektors

- Obwohl der Begünstigte nicht ausschließlich oder hauptsächlich gewerbliche Tätigkeiten ausübt, verwendet er den Beitrag zur Senkung der Betriebskosten oder zur Deckung von Betriebsdefiziten, zu denen die Einkünfte aus gewerblichen Tätigkeiten, welche zu Unternehmenseinkünften gemäß Artikel 55 des Dpr. Nr. 917/86 führen, beitragen; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**. Der
- Beitrag ist ausschließlich zur Deckung von Ausgaben oder Betriebsverlusten bestimmt, welche nur Einkünfte institutioneller Art und daher keine Geschäftseinkünfte im Sinne von Artikel 55 des Dpr. Nr. 917/86 darstellen, gegenüberstehen ² **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um ehrenamtliche Organisation (EO) gemäß Artikel 32 ff. des GvD. Nr. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um einen Verein zur Förderung des Gemeinwesens (VFG) gemäß Artikel 35 ff. des GvD. 117/2017 (Organisation, die im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS - eingetragen ist), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Bei der begünstigten Körperschaft handelt es sich um eine Einrichtung des Dritten Sektors gemäß Artikel 4 des GvD. Nr. 117/2017 (eingetragen im Einheitlichen Nationalen Register des Dritten Sektors - RUNTS), und der Beitrag ist für die Durchführung nicht gewerblicher institutioneller Tätigkeiten bestimmt **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung ³ befreit; **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.

Unternehmen und gewerbliche Organisationen

- Der Beitrag dient zur Verminderung von Betriebslasten oder zur vollen Deckung von Betriebsverlusten des Unternehmens; ⁴ **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches eine Personen -, Kapital- oder einfache Kommanditgesellschaft ist; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung** - vgl. Art. 6 Abs. 3 und Art. 55, Abs. 2, Buchst. c des Dpr. Nr. 917/86).
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen- oder Kapitalgesellschaft ist und nicht in den Rahmen des Art. 32 des Dpr. Nr. 917/86 fällt; **(der Beitrag unterliegt der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag fließt einem landwirtschaftlichen Unternehmen zu, welches nicht eine Personen - oder Kapitalgesellschaft ist und in den Rahmen des Art. 32 des Dpr. 917/86 fällt; **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag dient ausschließlich zum Ankauf und zur Modernisierung von Produktionsgütern (materielle oder immaterielle Anlagewerte); **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.
- Der Beitrag ist von der genannten Pflicht der Steuereinbehaltung aufgrund dieser gesetzlichen Ausnahmeregelung befreit; ⁵ **(der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung)**.

Nicht gewerbliche Subjekte

- Der Beitrag unterliegt nicht der Steuereinbehaltung ⁶.

Darüber hinaus erklärt der/die Unterzeichnende, dass er/sie alle Änderungen der gegenständlichen Erklärung unverzüglich mitteilen wird, insbesondere jene betreffend den Art. 149 des Dpr. Nr. 917 vom 22.12.1986 und den Art. 11 des GvD. Nr. 460/1997 sowie den Art. 101 des GvD. Nr. 117/2017 (in Bezug auf den Verlust des Status einer nicht-gewerblichen Organisation und ONLUS) und die Änderungen, die mit dem Verlust des Status einer nicht-gewerblichen Organisation des Dritten Sektors verbunden sind. Gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 erkläre ich, dass ich angemessen über die Verwendung meiner personenbezogenen Daten und insbesondere über deren Verarbeitung in dem für die Erreichung der institutionellen Zwecke erforderlichen Umfang informiert worden bin.

Datum

Unterschrift und Stempel

digitale Unterschrift oder leserliche Unterschrift
des/der gesetzlichen Vertreters/in und Stempel der Körperschaft

(1) Zutreffendes ankreuzen

(2) Vgl. Art. 143, Absatz 1 des D.P.R. 22.12.1986, Nr. 917; Die Einnahmen setzen sich in diesem Fall aus Mitgliedsbeiträgen oder Beiträgen öffentlicher Verwaltungen zusammen. Stammen die Einnahmen aus einer Handelstätigkeit, so werden diese in der Buchhaltung getrennt von den Einnahmen für institutionelle Tätigkeiten geführt, für welche der Zuschuss beantragt wird (Art. 144, Absatz 2 D.P.R. 917/86)

(3) Art, Datum und Nummer der Gesetzbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer;

(4) d.h. ein passives Steuersubjekt, der eine gewerbliche Tätigkeit zur Erzielung von Einkünften im Sinne von Artikel 55 des Dpr Nr. 917/86 ausübt;

(5) Art, Datum und Nummer der Gesetzesbestimmung eintragen; fehlt die Angabe, so unterliegt der Beitrag der Quellensteuer ;

(6) es handelt sich um ein Subjekt, der weder als nichtgewerbliche Körperschaft, gewerbliche Körperschaft oder Unternehmen gilt.